

Ein Roma-Lager mit Briefkästen

Die Pariser Vorstadt Montreuil bemüht sich um die Integration von Einwanderern aus Rumänien

Ein Roma-Camp im Pariser Vorort Montreuil trägt keinen richtigen Namen. Doch vor dem eingezäunten Gelände stehen vierzig Briefkästen. In der Stadt kommt es zu Ausweisungen, aber die Behörde bemüht sich auch um eine Integration der Roma.

Manfred Rist, Montreuil

Die etwa vier Dutzend Wohnwagen, die auf einer kleinen Anhöhe in der Pariser Vorstadt Montreuil stehen, tragen französische Kennzeichen. Viele Reifen sind platt, die Räder oft bis zu den Felgen im Boden eingesunken. Mit dicken Klebbändern werden einige der herausquellenden Fenster in der Fassung gehalten. Beim Vortasten über den Naturboden füllt im Nu ein Gesicht nach dem andern die schmalen Türrahmen. «Bonjour, Monsieur», tönt es in leicht schlepplendem Französisch. Dabei blitzen Goldzähne auf.

Wohnwagen von den Behörden

Am Ende des ersten Couloirs versuchen zwei Burschen einen alten Benzin-Rasenmäher anzuwerfen. Zu mähen gibt es hier nichts, in Kürze wird hier sowieso geteert werden; aber das schmale Gerät soll, so erklären die jugendlichen Mechaniker, bald in Rumänien eingesetzt werden. Das trifft wohl auch auf den alten Mercedes vor dem Eingang zum Lager zu, unter dessen roter Haube sich drei Händepaare versuchen. Der kleine Pinscher, der den Durchgang gefährlich verengt, bellt sich derweil heiser.

Die verlotterten Caravans, die hier auf der Fläche eines mittelgrossen Turnplatzes in dichten Reihen stehen, werden die Strasse wohl nie mehr sehen. Die Stadtverwaltung von Montreuil hat sie vor zwei Jahren den Roma-Familien zur Verfügung gestellt. Jetzt werden im Terrain, das keinen Namen trägt, rote Plasticrohre für die elektrischen Anschlüsse eingezogen. Dann wird geteert. An der «Pierre de Montreuil», so heisst die Zufahrtstrasse, soll nämlich eine anständige Bleibe für Roma entstehen. Eine Batterie mit vierzig Briefkästen, die früher wohl einem richtigen Wohnblock dienten, steht schon da. Auf deren linken Seite steht überall derselbe Name, Stanuc.

Nach dem Sturz Ceausescus

Die Roma, so erklärt uns der 32-jährige Martin Olivera, ein Integrationsbeauftragter in Montreuil, reisen oder wandern in Clans aus. Meist stammen sie



Eine Gruppe von Roma vor einem verlassenen Haus in Montreuil, die dort Unterschlupf gefunden hat.

OLIVIER LABAN-MATTEI / AFP

aus dem gleichen Dorf und mischen sich auch in der Fremde kaum mit anderen Gruppen. Die insgesamt etwa 700 Roma, die in Montreuil sesshaft geworden sind, stammen gemäss Olivera, der eine Doktorarbeit zu den Roma verfasst hat, aus dem rumänischen Departement Alba in Transsylvanien. Sie sind Teil der rund 100 000 Roma (etwa 10 Prozent der Roma-Population Rumäniens), die nach dem Ende des Kommunismus Rumänien verlassen haben, weil sie in ihrer Heimat Anbindungen an Gemeinden, Infrastruktur und andere staatliche Einrichtungen verloren haben.

In den neunziger Jahren, nach dem Zusammenbruch des Ceausescu-Regimes, tauchten die Ersten hier auf. Seither gehört Montreuil gewissermassen zur Landkarte Rumäniens. Doch Montreuil gehört aus dieser Perspektive auch zu Nordafrika, zu Schwarzafrika und zu Vietnam und natürlich zu den Antillen. Die mit Paris am etwas verpönten Ostrand nahtlos zusammengewachsene Stadt mit knapp 100 000 Einwohnern ist nämlich nicht nur architektonisch ein Durcheinander, das wohl nie eine gestaltende Hand gekannt hat; sie ist auch ohne erkennbares Muster ethnisch stark durchmischt. In den Strassenzügen hängt zudem meist eine Prise Tristesse.

Doch handkehrum kostet der Pastis hier weniger als zwei Euro, die Bedienung ist herzlich, die Portionen sind üppig, und das hektische Paris liegt ziemlich weit weg. Und es wird gegrölt: Die Roma seien hier willkommen, genauso wie die Manouches (Sinti), posaunt man im Café des Trois Marchés. Was andernorts der Stammtisch, ist hier die Bar. Sarkozy hetze auf, seine Politik führe zu einer Explosion des Rassismus im Land, meint der 54-jährige Alain, genannt «Blacky».

Gespaltene Bevölkerung

Etwas differenzierter klingt es aus beruflichen Quellen: Die Bevölkerung sei bezüglich der Roma gespalten, heisst es bei der protestantischen Association «Maison Ouverte», die in einem kleinen Reihenhause an zentraler Lage 36 Roma untergebracht hat. Sie hausen im Erdgeschoss auf Matratzen und Sofas, und im Gegensatz zu den Roma an der «Pierre de Montreuil» scheuen sie jeden Kontakt mit Besuchern. In den vergangenen vier Wochen waren sie zweimal Zielscheibe einer Polizeiaktion und hätten ausgewiesen werden sollen. Mit der Geltendmachung juristischer Verfahrensmängel konnten nach Auskunft Oliveras indessen in zahlreichen Fällen

Verzögerungen erreicht werden. Oft seien die Unterlagen der Immigrationsbehörde und der Polizei nämlich mangelhaft, was immer wieder Rekursmöglichkeiten eröffne.

Im Vordergrund dieser Rekurse stehe lückenhaftes Beweismaterial, wonach die Roma sich schon länger als drei Monate im Land aufhielten, keine Arbeit hätten und nicht über genügend finanzielle Ressourcen verfügten. Mit juristischen Details könne immer wieder die berüchtigte OQTF in Frage gestellt werden, also die «obligation de quitter le territoire français», die in diesem Jahr gemäss Regierungsangaben bereits zur Ausschaffung von mehr als 8000 Roma geführt hat. Wer eine solche Anordnung ausgehändigt bekommt, muss das Land in der Regel innert vier Wochen verlassen. Die Behörden nehmen dabei meist nur gezielt die Familienväter aufs Korn. Wenn diese ausreisen müssen, folgt nämlich normalerweise die ganze Familie.

Dennoch ist gegen die umgehende Rückkehr der Ausgewiesenen an ihren Standort in Frankreich vorderhand kein Kraut gewachsen. Dazu trägt paradoxerweise das Taschengeld von dreihundert Euro pro Erwachsenen und von hundert Euro pro Kind bei, das die Betroffenen mit auf den Heimweg erhal-

ten. Paris strebt mit Rumänien deshalb eine bilaterale Regelung an, die die genaue Erfassung der Ausgewiesenen und danach temporäre Einreiseverbote vorsieht. Längerfristig ist das wohl kaum mit EU-Recht vereinbar, fallen doch ab 2014 Schutzklauseln zur Freizügigkeitsregelung weg. Doch Frankreich hat mit Blick auf die Roma ohnehin keine Arbeitsmarkt-Optik: Das Durchgreifen gegen die Roma, das erst durch die wahltaktisch motivierten «law and order»-Reden von Präsident Sarkozy richtig thematisiert und von den Medien beleuchtet worden ist, ist eher Teil der Sicherheitspolitik.

Keine Angst vor Ausweisung

Auf dem regulären Arbeitsmarkt, wo eine Autorisation de Travail und die begehrte Carte de Séjour Hand in Hand gehen, haben Roma gemäss Olivera sowieso kaum Chancen. Bürger aus Rumänien und Bulgarien, die 2007 der EU beigetreten sind, könnten sich bis Ablauf der Übergangsfristen erstens nur auf Stellen in bestimmten Berufsgruppen bewerben. Zweitens müssten Arbeitgeber bei der Anstellung eines EU-Bürgers aus diesen Staaten eine Steuer an den Staat entrichten, die etwa einem Monatssalar entspreche. Das komme äusserst selten vor. Was bleibt, seien Schwarzarbeit und Betteln.

Letzteres trifft auch auf die Familien im Wohnwagenlager an der «Pierre de Montreuil» zu. Die Antwort, dass die Frau oder der Mann «au travail» sei, umschreibt nämlich in der Regel, dass der oder die Betreffende Verwertbares beschafft oder vor der Metro, dem Supermarkt oder einem öffentlichen Gebäude einen Plasticbecher aufgestellt hat. Doch dank der Anstrengung der Behörden in Montreuil, aus dieser und einer weiteren Roma-Siedlung sogenannte Villages d'Insertion zu machen, also Roma-Dörfer mit richtigem Anschluss an die Gemeinde, gehen die Kinder zur Schule, gibt es eine medizinische Grundversorgung, wird der Platz planiert und geteert – und gibt es Briefkästen.

Vor allem herrscht keine Angst vor Ausweisung. Dazu trägt auch eine Beauftragte der Stadt Montreuil bei, die für Bewohner in sogenannten leichten Siedlungen («habitat léger») zuständig ist und regelmässig vorbeischaute. Auch sie hat zwar Polizei-Allüren entwickelt, doch richtet sich dies nicht gegen die Roma, sondern gegen neugierige Besucher wie Journalisten. Immerhin: Sie verkörpert eine auch parteipolitisch anders gelagerte Gegenkraft in zahlreichen französischen Gemeinden, die sich von der präsidial verordneten neuen Sicherheitspolitik nicht so schnell über Nacht einfach umpolen lässt.